



15.12.2008 | Mittagessen in Kindertagesstätten

## Sozialfonds für Mittagessen in Kindertagesstätten eingerichtet

Kein Kind, das in Rheinland-Pfalz über die Mittagszeit hinaus eine Kindertagesstätte besucht und am Mittagessen dort teilnehmen kann, soll künftig wegen fehlender finanzieller Mittel vom Essen ausgeschlossen sein. Das haben heute in einer Vereinbarung Bildungs- und Jugendministerin Doris Ahnen sowie Innenstaatssekretär Roger Lewentz für die Landesregierung, für den Landkreistag Direktor Burkhard Müller sowie für den Städtetag Geschäftsführer Professor Dr. Gunnar Schwarting festgeschrieben.

Das Land stellt dafür in Form einer freiwilligen Leistung für die zwölf kreisfreien Städte und die 24 Landkreise – auch für deren große kreisangehörige Städte mit eigenem Jugendamt – ab dem Jahr 2009 jährlich 1,5 Millionen Euro in einem Sozialfonds bereit. Die genannten örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe ergänzen diese Mittel. Insgesamt haben zuletzt landesweit rund 61.000 Kinder in Kindertagesstätten am Mittagessen teilgenommen, darunter gut 6.000 Schulkinder.

„Für eine gezielte frühe Förderung aller Kinder war und ist es richtig, die Arbeit in den Kindertagesstätten massiv zu unterstützen“, hielt Bildungs- und Jugendministerin Ahnen fest. „Mit dem Programm Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an leistet die Landesregierung seit 2005 einen wesentlichen Beitrag dazu, mit dem 2007 beschlossenen Stufenplan zur völligen Beitragsbefreiung des Kindergartens ist ein weiterer großer Schritt gefolgt. Und auch die jetzige Vereinbarung ist ein wichtiger Baustein für mehr Chancengleichheit in unserem Land.“

Innen-Staatssekretär Roger Lewentz erinnerte daran, dass das Land bereits beim Mittagessen in den Ganztagschulen die Kommunen dabei unterstütze, allen Kindern dieselbe Ausgangsposition zu verschaffen: „Mit dem Sozialfonds für das Mittagessen an Ganztagschulen hat das Land Rheinland-Pfalz 2006 bundesweit eine Vorreiterrolle übernommen. Durch die Schaffung dieses Sozialfonds konnten wir zusammen mit den Schulträgern dafür sorgen, dass an den Ganztagschulen des Landes kein Kind mehr aus finanziellen Gründen vom gemeinsamen Mittagessen mit den Mitschülerinnen und Mitschülern ausgeschlossen wird. Viele Länder sind dieser Initiative seither gefolgt. Was wir im Ganztagsschulbereich schon erreicht haben, soll jetzt auch in den Kindertagesstätten verwirklicht werden.“

Die Vertreter von Städtetag und Landkreistag unterstrichen, wichtig sei aus ihrer Sicht insbesondere, dass für den neuen Sozialfonds des Landes ein unbürokratisches Verteilungsverfahren auf die einzelnen Jugendämter gefunden worden sei. „Für uns kommt es vor allem darauf an, dass dann ganz konkret vor Ort entschieden werden kann“, unterstrich der Geschäftsführer des Städtetags, Professor Dr. Schwarting. Der geschäftsführende Direktor des Landkreistags, Burkhard Müller, ergänzte: „Wir begrüßen die flexible Lösung, die bereits bestehende und bewährte Lösungen nicht ausschließt. Die ehrenamtliche Unterstützung von Kindern hat in der Vergangenheit zu kreativen und erfolgreichen Lösungen geführt, die selbstverständlich weiterhin von den Jugendämtern gefördert werden.“

Vertreterinnen und Vertreter der Träger von Kindertagesstätten äußerten übereinstimmend die Erwartung, dass nun auch ein möglichst einfacher, einheitlicher und unbürokratischer Weg zur Umsetzung vor Ort gefunden werde. Für die kommunalen Träger begrüßte der Vorsitzende des Gemeinde- und Städtebundes, Heijo Höfer, die gefundene Lösung und hielt fest: „Die Träger von Kindertageseinrichtungen machen zunehmend die Erfahrung, dass die Gruppe von Kindern aus

sozial bedürftigen Familien immer größer wird und die Träger vor Ort nicht immer in der Lage sind, eine kostenfreie Mahlzeit für diese Kinder aus der ‚Portokasse‘ zu bezahlen.“ Für die Evangelischen Kirchen begrüßte Kirchenrat Dr. Jochen Buchter, dass das Mittagessen für Kinder aus finanziell benachteiligten Familien zukünftig vom Land und den Jugendämtern unterstützt wird und mahnte eine einheitliche Verteilung der Mittel vor Ort an.

Ordinariatsdirektor Bernhard Nacke, der Leiter des Katholischen Büros Mainz, unterstrich für die vier Diözesen im Land, es sei zu hoffen, dass nunmehr allen Kindern eine Teilnahme am Mittagessen in Kindertagesstätten ermöglicht werde. Er dankt zugleich den vielfältigen Initiativen vor Ort, die sich bereits bisher dieses Problems angenommen und es guten Lösungen zugeführt hätten. Ein solches Engagement sei trotz der getroffenen Regelung in Einzelfällen sicherlich auch weiterhin notwendig.

Und der Geschäftsführer der LIGA der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtsverbände in Rheinland-Pfalz, Günther Salz, hielt fest: „Die LIGA begrüßt die Vereinbarung, weil sie ein wichtiger und richtiger Schritt auf dem Weg zu einem kostenlosen elementaren Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebot für alle Kinder in Rheinland-Pfalz ist. Durch die Sicherstellung eines Mittagessens für Kinder aus sozial bedürftigen Familien wird nicht nur deren Lernerfolg, sondern auch ein gemeinsames gesundes Aufwachsen aller Kinder und damit die Chancengleichheit gefördert.“

Die heute unterzeichnete Vereinbarung gilt ab 1. Januar 2009. Sie sieht vor, dass die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) erstmals zum 1. Juli 2009 Zuschussbeträge für die kreisfreien Städte, für die Landkreise und für die kreisangehörigen Städte mit eigenem Jugendamt festsetzt. Berücksichtigt werden dabei jeweils zur Hälfte der Anteil des jeweiligen Jugendamtes an der Zahl der im Vorjahr gezahlten Mittagessen in den Kindertagesstätten und der Anteil der Empfänger einer sozialen Grundsicherung unter 14 Jahren. Die mit Hilfe dieser Parameter ermittelten Pauschalzuwendungen aus dem Sozialfonds verteilen die Jugendämter dann zusammen mit ihren eigenen Mitteln für die Finanzierung der Mittagsverpflegung bedarfsgerecht auf die einzelnen Träger der Kindertagesstätten.

„Dies ist ein guter Tag für Eltern und Kinder in Rheinland-Pfalz“, waren sich Doris Ahnen und Roger Lewentz mit den anderen Beteiligten einig. Die Bildungsministerin und der Innen-Staatssekretär ergänzten: „Mit dem Sozialfonds, der sehr unbürokratisch umgesetzt wird, werden betroffene Eltern gezielt entlastet, Familien gefördert, Kommunen und Kindertagesstättenträger eindeutig unterstützt und damit wird letztlich die Chancengleichheit für Kinder erhöht.“

[Zurück](#)

---

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur